

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Weitere Kämpfe

Nach dem — für die Taliban — weitgehend erfolglosen Abebben ihrer Sommeroffensive gingen die Kämpfe an mehreren Fronten auf niedrigerem Niveau weiter. Am 19. September bombardierten Taliban-Jets die nordafghanische Stadt Taloqan, Hauptstadt der Nordprovinz Tochar, und trafen auch zivile Ziele. NNI meldete aus Teheran, mindestens 45 Menschen seien getötet, 100 verwundet worden. Die Taliban-Gegner eröffneten eine neue Front im Ghorband-Tal nördlich von Kabul, um der von den Taliban im Sommer eroberten Stadt Tscharikar die Nachschubrouten abzuschneiden. Gekämpft wurde auch in den Provinzen Kunduz und Kunar in Nord- bzw. Ostafghanistan. In Kunar will die Anti-Taliban-Allianz die Distrikte Asmar, Beneschagam und Schegal eingenommen haben. Besonders Asmar war schon vorher immer wieder umkämpft.

In ihrer Sommeroffensive hatten die Taliban zuvor nicht ihr Ziel erreicht, ihren verbliebenen Hauptgegner Ahmad Schah Masud aus dem Nordosten Afghanistans zu vertreiben und somit die vollständige Kontrolle über das Land herzustellen. Sie eroberten lediglich die dicht bevölkerte und fruchtbare Schimali-Ebene (auch: Kohdaman) und vertrieben die dortige Bevölkerung, die mehrheitlich mit Masud sympathisierte, bis zu 200.000 Menschen. Nach UN-Angaben soll 100.000 (nach anderen Quellen 140.000) die Flucht in das von Masud gehaltene Panjschir-Tal gelungen sein, 60.000 seien in die Taliban-Gebiete zwangsumgesiedelt worden. 11.000 aus der letzten Gruppe kampierten unter höchst unzureichenden Bedingungen in einem Zeltlager auf dem Gelände der früheren UdSSR-Botschaft in Kabul.

Opium-Rekordernte

Das Drogen-Kontrollprogramm der UNO (UNDCP) hat die Zahlen für Afghanistan 1999 veröffentlicht. Demzufolge stieg die Opiumproduktion auf schätzungsweise 4600 Tonnen, verglichen mit 2100 im Vorjahr. Waren 1998 64.000 Hektar Land mit der Drogenpflanze bebaut worden, waren es in diesem Jahr 91.000 Hektare — eine Steigerung um 41 Prozent und mehr als in allen ande-

ren Ländern zusammen genommen. Der zweitgrößte Produzent Myanmar (Burma) ging mit "nur" 1200 Tonnen in die Statistik ein. 96 Prozent davon sollen aus den Taliban-Gebieten stammen. Die sahen offenbar auch kein Problem darin, dem für Afghanistan zuständigen UNDCP-Zuständigen Bernard Frahi zuzusagen, die UNO habe weiterhin ihre "volle Unterstützung" bei der Drogenbekämpfung. Sie sollen von Frahi Hilfgelder und die Anerkennung als legitime Regierung durch die UNO als Gegenleistung gefordert haben, der anmerkte, die Taliban hätten ein vor zwei Jahren erlassenes Dekret nicht umgesetzt, das den Mohnanbau verbietet. Hingegen erhöhen sie weiterhin eine 10-Prozent-Steuer von den Opiumbauern, was den Anbau faktisch legalisiere.

Neue US-Sanktionen

Weil die Taliban nach wie vor ihre Hand über den islamistischen Terroristenchef Usama bin Laden halten, hat US-Präsident Bill Clinton neue Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan verhängt. Unter anderem wurden Konten der afghanischen Fluggesellschaft 'Ariana' in den USA eingefroren. Auch Indien unterband in der Folge Afghanistans letzte Verbindung auf den Subkontinent — einen wöchentlichen Flug der 'Ariana' nach Amritsar im indischen Punjab. 'Ariana' fliegt jetzt noch Dubai in den Emiraten und Saudi-Arabien an, außerdem wird mit Peking über Frachtflüge in den Nordwesten Chinas, Urumtschi in Xinjiang, verhandelt. Auch der Erwerb einer Boeing 747 aus zweiter Hand über Kuwait wurde unterbunden. Mit Russland verhandelte Washington darüber, daß jetzt auch der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen aussprechen soll. Die Nachrichtenagentur AFP zitierte jedoch Händler in Kabul: "Wir haben immer noch alles, Coca Cola, Marlboro. Wir können das hinein schmuggeln, es dauert nur etwas länger."

Taliban erneut wegen Verletzung der Frauenrechte angeklagt

Radhika Coomaraswamy, UN-Sonderberichtsteratterin für Gewalt gegen Frauen, hat die internationale Öffentlichkeit aufgerufen, die Auflösung der Religions- und Sittenpolizei der Taliban zu verlangen. Unter den Taliban sei

weiterhin eine "offizielle, umfassende und systematische Verletzung der Menschenrechte von Frauen" zu verzeichnen, sagte sie Anfang September nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan. Immer noch seien die Frauenrechte auf Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie die Bewegungs- und Vereinsfreiheit beschränkt. Die Erlasse der Taliban-Religionspolizei widersprächen "vollständig" allen internationalen Rechtsstandards. Frauen werden an Freitagen öffentlich geschlagen, sagte sie. Zudem würden in vielen Vergewaltigungsfällen die Frauen wegen Ehebruchs bestraft. Sie habe viele Berichte über die Existenz von Prostitution in Kabul und Frauenhandel ins Ausland gehört. Trotz tiefer Armut sei die Lage der Frauenrechte in Nord-Afghanistan, wo die Anti-Taliban-Allianz herrscht, "viel besser". Allerdings habe es "schwere" Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen Frauen auch während der Herrschaft des früheren Präsidenten Burhanuddin Rabbani gegeben, der die Nordallianz nominell anführt.

Versuchter Anschlag auf Taliban-Chef

Bei der Explosion einer Autobombe im Hauptquartier der Taliban in Kandahar (Südafghanistan) sind am 24. August pakistanischen Berichten zufolge 40 Menschen ums Leben gekommen. Der Anschlag, bei dem eine in einem LKW versteckte Sprengladung große Teile der Stadt zerstört haben soll, galt dem Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar, vor dessen Residenz das Fahrzeug abgestellt war. Taliban-Sprecher Wakil Ahmad Mutawakkel nannte die Zahlenangaben jedoch übertrieben, gab jedoch zu, die offizielle Zahl von 10 Toten könne sich noch erhöht haben. Die pakistanische Zeitung "The News" berichtete, zwei Brüder und ein Schwager Omars sowie 14 Mitglieder seiner Leibwache und sechs Araber aus dem Anhang Usama bin Ladens seien unter den Toten. Omar selbst überlebte. Hunderte Personen seien zu Verhören gebracht worden. Omar beschuldigte eine "ausländische Macht" hinter dem Anschlag zu stecken, nahm überraschend die USA aber ausdrücklich davon aus. Da unter den Verhörten 70 schiitische Einwohner Kandahars gewesen seien — nur 40 wurden wieder freigelassen —, gehen Beobachter davon aus, dass die

Taleban Iran als Urheber des Anschlags verdächtigen. Gesucht werde auch nach einem früheren Mudschahedin-Kommandanten aus Kandahar namens Sairullah.

Am 15. September detonierte auch ein Sprengsatz in einem Munitionslager der Taleban bei Jalalabad. Drei Menschen wurden schwer verletzt. Die Taleban benannten eine technische Panne als Ursache.

Opposition bildet neue Führungsgremien

Die Vereinigte Front der afghanischen Opposition hat im September ein je zehnköpfiges vorläufiges Politisches Büro ihres Führungsrates mit Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani an der Spitze und ein Kabinett gebildet. Das Büro werde die Front immer zwischen den Tagungen des Führungsrates leiten, sagte General Seyyed Hussain Anwari, eines der führenden Mitglieder der Front. Mitglieder sind neben Rabbani: Abdul Rassul Sayyaf als Vize, Abdurrahim Abbas Karimi als Sekretär sowie Ahmad Schah Masud, Seyyed Hussain Anwari, Hadschi Abdul Qadir, Qurban Ali Erfani, Wahidullah Sabawun, Seyyed Nurullah Emad und Abdullah Wardak. Die Minister heißen: Tsaranpoh Muhammad Qasim (Justiz), Ing. Gardezi (Landwirt-

schaft), Muhammad Ilyas Zaraq (Bildung), Ing. Muhammad Haschim Za'i (Öffentliche Arbeiten), Muhammad Nateqi (Handel), Wahidullah Sabawun (Finanzen), Dr. Abdullah (Stellv. und Amtierender Außenminister), Dr. Yaqub Barakzai (Gesundheit), Fahim Khan (Staatsminister für Sicherheit) und Qazi Abdul Bari (Vizeminister für Justiz, Chef des Obersten Gerichts).

Allerdings soll es der pakistanischen 'Frontier Post' zufolge in der Allianz bereits wieder zu Konflikten gekommen sein. Dabei geht es um das Verhältnis zu Indien, das die Allianz gegen die Taleban unterstützen soll. Bei einem Treffen der Allianzspitzen soll sich Vizechef Sayyaf gegen den geplanten Besuch einer zweiköpfigen indischen Delegation gewandt haben. Er wolle das Verhältnis zu Pakistan nicht noch mehr belasten, hieß es, um einen möglichen Friedensschluss mit den Taleban nicht zu gefährden.

EU will sich gegen Afghanistan abschotten

Die EU will fünf Ländern — darunter Afghanistan — mit Zusagen bzw. Stoppen von Entwicklungshilfegeldern dazu bringen, dass sie illegale Flüchtlinge aus diesen Ländern zurücknehmen bzw. erst gar nicht einreisen lassen. Dazu sollen

Spezialeinheiten auf "Problem-Flughäfen" in Entwicklungsländern stationiert werden, um Asylsuchende zu stoppen, bevor sie in Richtung Europa starten. Dieses Thema sollte auf dem bei Redaktionsschluss in Tampere (Finnland) laufenden EU-Gipfel besprochen werden, berichtete die dänische "Berlingske Tidende" Anfang September. Neben Afghanistan beträfe dies Irak, Marokko, Somalia und Sri Lanka. Der Plan ist Teil eines Vorschlags der derzeitigen finnischen EU-Präsidentschaft zur Koordination der Immigrationspolitiken der Mitgliedsländer. Die Zeitung zitierte Dänemarks Außenminister Niels Helveg Petersen: "Es ist nicht das Ziel, Asylsuchende von Europa fern zu halten, sondern möglichen Immigranten genaue Informationen zu geben, welche Schwierigkeiten es dabei gibt, Asyl, eine Aufenthaltsgenehmigung und Sozialhilfe zu bekommen."

Veranstaltungstipp

"Den Schleier heben — Frauen in Afghanistan", Foto-Ausstellung zusammengestellt von 'Médecins du Monde' (Paris), München, Institut Francais, Mo-Do 9-18.30 Uhr, Fr 9-15 Uhr. Bis 5.11.99. Danach ist die Ausstellung in Bonn zu sehen.

Grenzüberschreitender Islamismus

Auch Afghanistans Taleban sind in eine Geiselnahme im Süden Kirghisistans verwickelt

von Thomas Ruttig

Im August drangen bewaffnete Islamisten - nach offiziellen Angaben 650 - in den Süden der GUS-Republik Kirghisistan ein und besetzten fünf Dörfer. Die Truppen des Landes wurden in Alarmzustand versetzt, man versuchte, ihren weiteren Vormarsch zu verhindern. Tausende flohen aus dem Gebiet, während sich in den Städten Freiwillige zum Kampf gegen die Infiltranten meldeten. Aus der kirghisischen Hauptstadt Bischkek bombardierten Kampfflugzeuge des benachbarten Usbekistan die Guerilleros auf kirghisischem Boden. Auch ansonsten achteten die Usbeken, deren Präsident Islam Karimow in der Region gern auf seine Vormacht pocht, wenig auf die Grenzen: Auch Dörfer in Tadschikistan wurden getroffen.

Wußte man lange nichts oder wenig über die Eindringlinge, lag in dieser Aktion schon ein Hinweis nach dem

Sprichwort, daß getroffene Hunde bellen (oder beißen): Karimow war, wie sich herausstellte, der eigentliche Adressat der Islamisten-Aktion. Ein Sprecher des militärischen Chefs der Islamischen Bewegung Usbekistans, Toher Jaldaschew, übernahm nach einigen Tagen des Schweigens im Namen seiner Organisation die Verantwortung dafür. Nachdem sie mehrere Geiseln, darunter vier kirghisische Polizeioffiziere, freigelassen hatten, erklärte der Sprecher, die übrigen Festgehaltenen sollten gegen in Usbekistan inhaftierte Mitglieder der Bewegung ausgetauscht werden. Sie gehören zu den insgesamt weit über 100 Personen, die nach einem mißglückten Bombenanschlag im Februar auf den usbekischen Präsidenten Islam Karimow vor Gericht gestellt worden waren.

Umliegende Regierungen, auch die kirghisische, leisteten durch Abschie-

bungen usbekischer Emigranten Karimow Hilfestellung oder ließen Usbekistans Geheimdienst bei Entführungsaktionen gewähren und lieferten Karimows Gerichten so Futter für mehrere Schauprozesse, bei denen mehrere Todesurteile verhängt wurden, obwohl einige Angeklagte erfolterte Geständnisse vor dem Richter widerrufen hatten. Daß zumindest eine ganze Reihe der Verurteilten zu Unrecht vor Gericht standen, gab Karimow selbst Anfang Oktober indirekt zu: Dutzende Angehörige der islamistischen Untergrund-Bewegung Hezbi Tahriri Islomiya (Islamische Befreiungspartei), die zuerst als Organisator des Attentats bezichtigt worden war, wurden auf freien Fuß gesetzt. Eine Partei dieses Namens ist aus Jordanien bekannt, wo eine beträchtliche Zahl Angehöriger von Kaukasusvölkern - Tscherkessen, Tschetschenen und Dage-